

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die ...
oder deren Raum mit 20 Pf., solche
aus Halle mit 20 Pf., berechnet und im
anderen Annahmestellen und allen
Kammergebietern angenommen.
Retenauer des 75 Pf. für Halle,
auswärts 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, G. Braubachstraße 17;
Rebengasse 11; Markt 24

Bezugspreis

Der Kasse vierteljährlich bei vornehmer
Aufstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Der ausl. Belegungs-Bezugspreis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für anberaumte eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Verband nur mit Castellanengabe:
„Saale-Beitung“ gefaltet.

Verwalter der Redaktion Nr. 1140;
der Anglegen. -Abteilung Nr. 176; der
Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Nr. 11.

Halle a. S., Montag, den 8. Januar.

1912.

Arbeitsrecht und Wahlkampf.

Von hervorragender, sozialpolitischer Seite gehen der National-Anthrop. die nachstehenden Ausführungen zu, denen mit dem Raum geben, weil sie noch für den Wahlkampf besondere Anregungen bieten, und auch, weil ihre vernünftige Tendenz in der Hauptsache mit dem national-liberalen Politik des wirtschaftlichen Ausgleichs in Einklang steht:

Wir stehen nicht allein in politisch und in materiell-wirtschaftlich schweren Zeiten, wir stehen auch in wirtschaftsrechtlich schweren Zeiten. Wer also in diesen Tagen, wo das deutsche Volk durch Abgabe der Wahlstimme einen politischen Willen kund tun soll, ein Programm zu entwickeln, eine öffentliche Meinung zu beeinflussen hat, der darf nicht vergessen, auch wirtschaftsrechtliche Probleme zu bedenken und sich zu einer Auffassung über das geltende oder künftige Arbeitsrecht zu bekennen. Man hat ja erst verhältnismäßig spät angefangen, diesen uns schon lange angehenden Probleme eine klare theoretisch-praktische Orientierung abzugewinnen, die arbeitsrechtlichen Fragen nicht bloß unter dem Gesichtspunkt des politischen Lebens und der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, sondern unter rechtlichen und ethischen Überlegungen zu betrachten. Auch jetzt noch ist da von einer auffallenden Vernachlässigung zu reden, und die Folge davon ist, daß der Interessentstandpunkt uneingeschränkt herrscht, daß den „Forderungen“ der Arbeiter die „Abwehr“ der Arbeitgeber entgegengestellt wird und schließlich auf dem Wege des koalierenden Zusammenschlusses die Frage als Machtklage ausgetragen wird, wo doch eine Fortbildung der allgemeinen rechtlichen Überzeugung manderlei hätte zur Verhängung und zur Besserung der Verhältnisse beitragen können. Es liegt auf der Hand, daß die bürgerlichen Mittelparteien, denen immer im nationalen Interesse der Ausgleich am Herzen gelegen hat, auch hier denken kein wenig, in einem Ausgleich mitzuwirken — und so wird es natürlich liberaler im besten Sinne sein, wenn auch zum Arbeitsrecht eine beiden Teilen gerecht werdende, vernünftige, gemäßigt-liberale und der vernünftigen sozialen Reform sich öffnende Meinung zum Ausdruck gelangt. Man hat in letzter Zeit viel darüber geredet und geschrieben, daß das Arbeitsverhältnis zu einem reinen Machtkampf geworden und kein Rechtsverhältnis mehr sei. In manchen dieser Behauptungen wurden übertriebene Sätze gesprochen, die nicht überzeugend sind, während manches davon auch wichtige neue Gesichtspunkte in die Debatte warf. Das preisliche Vergehen hat in der (wenn auch vielfach mißbrauchten) — Schrift „Institution der Sicherheitsmänner einen beachtenswerten Vorstoß gegen willkürliche Entlassung und Wahrgelung gemacht. Auch Stadtrat Dr. F. Lehmann in Frankfurt hat in der „Sozialen Praxis“ und in einer kürzlich erschienenen selbständigen Broschüre ausführt, wie nach seiner Meinung das Arbeitsverhältnis wieder zu einem Rechtsverhältnis werden könne, indem dem Arbeitnehmer eben wieder mehr Freiheit für seinen Arbeitsvertrag verschafft“ werde. In vielen Punkten scheint mir aber Dr. F. Lehmann zu weit zu gehen, und es wird sich vielmehr zunächst darum handeln, auf dem Boden des gegenwärtigen Arbeitsrechts die Auswüchse, die namentlich im Umkreise der Kontraktbrüche bei der Teile des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers liegen, zu beseitigen durch eine schärfere juristische Erfassung des Kontraktbegriffes und durch eine strengere Abhandlung jeder willkürlichen Verletzung der Verpflichtungen, die sich aus dem gegenseitigen Verhältnis ergeben.

Neuerdings sind in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“, die der neuen Rechtsreformbewegung dient, die Meinungen aneinandergeraten. Dr. Rothhoff trat für ein neues Arbeitsrecht ein, worauf Dr. Herrmann (Mülheim a. Rh.) die bestehenden Verhältnisse lobte und die Frage mehr vom Standpunkt des Arbeitgebers aus ansah. Rothhoff glaubte das gegenwärtige Arbeitsverhältnis für „sozialwirtschaftlich ungünstiger als das antike Sklavenverhältnis“ erklären zu sollen, weil der Arbeitgeber nicht darauf sieht, dem Arbeitnehmers das volkswirtschaftlich höchste Gut, nämlich die Gesundheit, sondern Raubbau damit treibe, der sich mit der Zeit schwer rächen müsse. Namentlich gegen diesen Satz und die daraus des weiteren abgeleiteten Folgerungen für Ausbeutung der Sozialversicherung u. dergl. wandte sich dann die Stimme aus gegnerischer Lager. In beiden Aufsätzen sind richtige Gedanken, wohl aber ist bei beiden die Forderung einer unzulässigen. So wird falsch, was in der Befreiung auf Teile des Volksganzen richtig wäre. Daß in dem ewig stunden Wettstreit und Kampf, der das heutige wirtschaftliche Leben kennzeichnet, sehr vieles noch nicht so ist, wie es sein sollte, daß zwischen dem Gefühl der Arbeitgemeinschaft und dem des Arbeitskampfes hin und her gehemmt wird, ist zweifellos richtig. Und daß auf dem Wege der Rechtsfortbildung allmählich an Stelle der Vorherrschaft des Kampfes die Vorherrschaft des Friedens, der Arbeitsgemeinschaft gefest werden müsse, das erscheint als eine wichtige wirtschaftsrechtliche Tatsache. Und diese sollte, mag man sich zu einzelnen Fragen stellen wie man will, auch bei den programmatischen Darlegungen nicht außer Betracht bleiben. Im Wahlkampf wird die Darlegung, daß man diese Probleme kennt und zu ihrer Lösung in geduldiger und vernünftiger Weise beitragen wolle, unumgänglich notwendig sein; denn auf diesem Gebiet werden in

nächster Zukunft Lösungen gefunden werden müssen, die also zum Arbeitsrecht des künftigen Reichstages gehören werden. Da aber handelt es sich nicht bloß um einzelne politische und wirtschaftliche Forderungen, sondern um eine allmählich vertiefte Erkenntnis des Arbeitsrechts als sittlicher Grundlage der gegenwärtigen wirtschaftlichen Arbeit!“

„Freiheit und Brüderlichkeit“ bei der Sozialdemokratie.

N.L.C. Seltige Anklagen christlicher Gewerkschaftsbücher wegen gewalttätiger Eingriffe sozialdemokratischer Gewerkschafter in die Organisationsfreiheit. Andersgearteter denkschriftlichen „Grundstein“, das Organ der „Freiwilligen christlichen Arbeiter“, unter der Ueberschrift „Ein Wort zum — Friebeu zwischen den Organisationen“ zu sprechen. Der „Grundstein“ sieht sich zu folgender eindringlicher Mahnung gezwungen:

„Aber all das berührt nicht, bleibt für uns doch die hohe Wahrscheinlichkeit, daß sich manche unserer Mitglieder Vergewaltigungen christlich organisierter Berufsgruppen zu schulden kommen lassen, die gutheißen oder auch nur zu entschuldigen wir aus Gründen der Humanität und aus wohlwogendem Organisationsinteresse weit von uns weisen. Wir bitten unsere Mitglieder dringend, sich solcher durchaus verkehrter Agitationsmethoden nicht zu bedienen. . . es sollte doch möglich sein, allmählich die gänzliche Ausmerzungen solcher Vergewaltigungen zu erreichen. Sollte wenigstens möglich sein zwischen den Angehörigen zweier Organisationen, die doch schon mehr als einmal zusammengekommen haben, um Anschläge des gemeinsamen Gegners abzuwehren und neue Güter zu erringen. Wir wollen zu unserem Teile wenigstens danach streben.“

Ein Mitglied, der zur Befreiung der sozialdemokratischen „Mitglieder“ gerade noch zur rechten Zeit kommt.

Das China-Problem.

Russisch-englisch-japanische Absichten. Die Engländer haben — angeblich aus Furcht vor einer bevorstehenden Welteroberung der ausländischen Truppen, unter denen sich viele frühere Wraken befinden — weitere 200 Soldaten mit zwei Feldgeschützen von Hongkong nach Kanton geschickt. Sie befehligen die fremden-Überwallung in Kanton, worüber die Chinesen erregt sind.

Aus angeblich sehr zuverlässiger Quelle wird ferner gemeldet, daß eine verächtlich große Anzahl russischer Soldaten in der Nähe von Chardin und längs der mongolischen Grenze angeammelt wird. Man glaubt daraus entnehmen zu sollen, daß Rußland demnächst sich auf die Mongolei stützen will.

In Peking ermittelten Kreise wächte die Ueberzeugung, daß die britische und japanische Diplomatie ihre Anstrengungen darauf richten, den Norden und Süden Chinas zu spalten. Hohe Beamte in Peking machen darauf aufmerksam, daß jeder Schritt, den die Engländer unter dem Deckmantel der Vermittlung und des Schutzes der Neutralität unternahmen, getan würde, um den Revolutionären zu helfen und die Anstrengungen der Peking-Behörden, den Krieg zu beenden, zu durchkreuzen. Das britische Drängen auf Abschluß eines Waffenstillstandes verleierte die Wiedereinnahme von Tainanfu, der Hauptstadt von Szechuan. Zugleich wird die britische Diplomatie verantwortlich gemacht für das Vorgehen der Amerikaner und anderer Regierungen, die die Sanftmütigen hindern, die so nötigen Anleihen zu bewilligen. Die herorragende Unterstützung der Revolutionäre durch die Amerikaner und andererseits Japans Freundschaftserklärungen gegenüber der Regierung in Peking werden als Anzeichen einer Politik gedeutet, die bestimmt ist, einen unheilvollen Spalt zwischen Nord und Süd zu erzeugen und so die Gefahr eines starken Chinas abzuwenden. Die Mächte besetzen am Sonnabend die ganze Bahnhöhle von Peking bis zur See.

Das 15. amerikanische Infanterie-Regiment wird bereit gehalten, um nach China abzugehen.

Die aufständischen Residenten an die republikanische Regierung.

Die Residenten der dreizehn Provinzen, die sich erhoben haben, richteten eine Adresse an die provisorische republikanische Regierung in Shanghai. Sie beglückwünschten die Revolutionäre zu ihren Unternehmungen, weil eine Reform Chinas unumgänglich notwendig sei, erklärten aber gleichzeitig, daß ihnen die Regierungsform gleichgültig sein könne, wenn nur dem Volke größere Freiheiten bewilligt würden. In Tibet, in der Mongolei wie in der Mandchurie, sei die Lage sehr bedrohlich, wenn der Bürgerkrieg noch längere Zeit anbauere, da mit einem Eingreifen der fremden Mächte zu rechnen sei. Die Residenten erklärten ferner, die Vertreter der Revolutionäre regierten die Bevölkerung zu Unruhen auf. Banditen hätten sich dies zu Nutze gemacht und plünderten in ganz ungebüriger Weise. Wenn diese

Zustände anhalten, so müsse mit einem japanisch-russischen Vorgehen in der Mandchurie gerechnet werden. Die Umgebung der Residenten schloß deshalb mit dem Vorben. Die Revolutionäre können China große Wohlthaten erwirken, sie können aber auch zu den größten Feinden des Reiches werden.

Ein Manifest Sunjatens.

Sunjatens hat ein Manifest an alle befreundeten Nationen erlassen. Das Manifest beginnt mit einer Anklage gegen die Mandchurische Regierung; es erklärt, daß die Republik entschlossen sei, alle Verträge, Anleihen und internationale Verpflichtungen, die unter der Mandchurischen Regierung von dem Regime der Revolution mit Ausländern oder fremden Nationen eingegangen worden seien, zu revidieren, das gegen alle späteren Verträge nicht anzuerkennen. Den Fremden wird Schutz der Person und des Eigentums zugesichert. Die republikanische Regierung beabsichtigt eine Reform des Zivil- und Strafrechts, des Bergbaurechts sowie der Verwaltung und des Finanzwesens, Abschaffung der Bestrafungen des Harbors und religiöser Toleranz. Den Mandchus, die sich friedlich verhalten, wird Rechtsgleichheit und Schutz versprochen.

Deutsches Reich.

Geminister Pichon über die internationale Lage.

Auf eine reaktionelle Anfrage über die internationale Lage zu Beginn des Jahres 1912 antwortet der ehemalige Minister des Auswärtigen in den Kabinetten Clemenceau und Briand, Stephen Pichon, in einem Brief an den früheren Pariser Korrespondenten des „S. T.“ Paul Blod folgendes:

„Nach meinem Dafürhalten beginnt das Jahr nicht unter Umständen, die den europäischen Anhängern des Friedens zu denen ich gehöre, vollkommen beruhigend erscheinen können. Der Horizont kommt mir etwas verdundelt vor, und ich sehe — leider! — in der Ferne viele Schwierigkeiten, vielleicht sogar Verwicklungen. Ich hoffe, daß der Geist der Verständlichkeit, der für die Regierungen notwendig und für die Völker wünschenswert ist, uns die unerlässliche Kraft gibt, größeren Uebeln vorzuzukommen.“

Diese Worte sind im Munde Stephen Pichons nicht bedeutungslos. Pichon genießt bei Freunden und Gegnern in gleicher Weise Achtung, weil er ein ehrlicher Freund und ein schärfher Gegner ist und nur selten sich zu politischen Behauptungen vor der Öffentlichkeit bewegen läßt.

Früher Reichstagsbeginn.

Neuerdings taucht die Nachricht auf, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Reichstag nicht zum 13. Februar, sondern bereits um eine Woche früher, also zum 6. Februar, einzuberufen.

Angesichts der Fälle der auf den Reichstag wartenden Aufgaben Klingt die Nachricht nicht unwahrscheinlich.

Die Stichwahlen in Esch-Bohringen. Zu den Regierungen, die den 22. Januar als Stichwahltermin anberaumt haben, hat sich nunmehr auch die esch-bohringische gestellt.

Die deutsche Rotkreuz-Expedition nach Tripolis.

Die deutsche Hilfs-Expedition des Roten Kreuzes für das türkische Lager in Tripolis wird sich, wie der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hört, am Mittwoch in Hamburg auf einem von der Levante-Direktur zur Verfügung gestellten Dampfer einschiffen und wird möglichst nahe an die tripolitischen Grenze heranzukommen suchen, um von dort mit 150 Kamelen ins Innere transportiert zu werden. Für diese Hilfs-Expedition sind bereits große Summen in Deutschland aufgebracht worden. So haben die Deutsche Bank 20 000 M., Krupp 10 000 M., Mascher 10 000 M. und die Deutschen Waffenfabriken 5000 M. zur Verfügung gestellt. Weitere größere Beträge sind in Aussicht gestellt worden.

Nach allem, was man über die Mangelhaftigkeit des türkischen Sanitätsdienstes im Inneren Tripolitaniens gehört hat, dürfte der deutschen Expedition eine reiche Wirksamkeit beschieden sein.

Reichstagskandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen für Halle-Saalkr. ist Stadty. Plautsch.

Parlamentarisches.

Nationalliberale Interpellationen und Anträge im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. Januar.

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat beim Bureau des Hauses folgende Interpellationen und Anträge für den Beginn der Session angemeldet:

1. Interpellation Dr. Schifferer (Hohenwarte), Tönnies und Dr. Göhr, betreffend die Befämpfung der Maul- und Klauenseuche an der Westküste Schleswig-Holsteins.
2. Antrag Dr. Schifferer (Hohenwarte), Tönnies und Dr. Göhr, betreffend Sturmfluthschäden an der Westküste Schleswig-Holsteins.
3. Antrag Dr. v. Campe und Gen., betreffend Unwersitätsbesuch der Volkshochschule.
4. Antrag Dr. Schröder (Kassel) und Wilmann, betreffend Aufbesserung der Alpenländer.
5. Antrag Dr. Schröder (Kassel) und Gen., betreffend reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens.
6. Antrag Dr. Friedberg und Gen., betreffend die Vorlegung einer Denkschrift über die Durchführung der Jugendpflege und die Verwendung der dafür bewilligten Mittel.
7. Antrag Schiffer (Wagbeurg), D. Hadenberg und Gen. auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Befreiung der Dissidenten vom Religionsunterricht.
8. Antrag Schiffer (Wagbeurg) und Gen. auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Polizeiverordnungen und Ortsstatute.
9. Antrag Dr. Gottschall (Sölingen), betreffend Schulpflicht und Schulverhältnis.

Kleine vermischte Nachrichten.

Dr. Jenebich. Der frühere Generalkassendirektor Dr. Jenebich, der vor zwei Wochen im Gefängnis im Reichsgericht im Breslauer Vorort Oberring nach längerer Krankheit im Alter von 65 Jahren gestorben.

Kein Staatsrechtswandel in Ostpreußen. Ueber einen angeblich nahe bevorstehenden Staatsrechtswandel im Reichsland gehen in den letzten Tagen Gerüchte um. Die Nachrichten werden an Stellen, die über einen solchen Wechsel unterrichtet sein müßten, kategorisch für falsch erklärt.

Eisenbahnlinie nach dem deutschen Congo. Der Risikogeco-economic in Rom veröffentlicht eine Information, nach der angeblich demnächst ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und Italien zur Erbauung einer großen Eisenbahnlinie von Tripolis nach dem deutschen Congo abgeschlossen werden soll.

Sot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin beschließen nach der Vorstellung des Luftpfeifers „Die glückliche Hand“ von Hugo Lubliner im Königl. Schauspielhaus die Hauptdarsteller in die Loge, um ihnen ihre volle Anerkennung auszusprechen. Einer besonderen Auszeichnung hatte sich die wiedergewählte Frau Anna Schramm zu erfreuen, der die Kaiserin zur Erinnerung an den Abend Blumen aus ihrem Strauß überreichte. Der Kronprinz mochte der geliebten Aufführung von „Gotzens Geburtstag“ im Kleinen Theater bei.

Am geliebten Todestage der Kaiserin Augusta vor das Mausoleum im Schloßgarten zu Charlottenburg mit Blumen geschmückt. Im Auftrage der Großherzoginmutter von Baden, der Tochter der verstorbenen Kaiserin, und des Großherzogs von Baden wurden Kränze am Gange niedergelegt. Um 12 Uhr fuhr der Kaiser vor dem Mausoleum vor und legte einen mit Wachsblumen geschmückten Kranz nieder. Dann besichtigte der Kaiser die Halle und fuhr nach Potsdam zurück.

Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sind gestern, von Stuttgart kommend, in Minden eingetroffen und nachmittags nach Regensburg weitergereist. Dort ist zur Teilnahme an den Hoffesten beim Fürsten von Thurn und Taxis unter anderem auch der österreichische Kronprinz Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin angekommen.

Aus Brüssel meldet der Draht: Die Königin empfangt am Sonnabend den Prinzen Walbert von Preußen, der eigenhändig beim Herzog von Arenberg als Gast weilt.

Urteile Friedrich des Großen über England und Frankreich.)

Die Engländer sehen ganz Europa als eine große Republik an, die dazu da ist, ihnen zu dienen; sie sehen niemals auf die Interessen der anderen ein und bedürfen sich keiner anderen Beweisgründe als ihrer Guineen.

Wenn man sich in England damit schmehlet, durch das allseitige Mittel der Subsidien seine Stellung zu befestigen und das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, dürfte man sich sehr täuschen. Man legt in der That sehr voraus, wenn man die politischen Unterthänigkeiten als einen untrüglichen Stützpunkt betrachtet, um die übrigen Mächte an sich zu fesseln; was nicht wenigstens betrifft, können sie fast überzeugt sein, daß sie niemals der Söldling des britischen Hofes werde.

Die letzten Siege machten die Engländer stolz und hochmüthig, und ihr Reichthum löst ihnen Verachtung gegen alle Nationen ein, welche weniger wohlhabend sind als die ihrige. Müßig unter Vaterland, wo jedermann eine ehrenvolle Freiheit genießt, wo der Sieg meistens und maßvoll ist, wo Stillsitzend noch mehr gilt als die Güter des Glückes und wo der Titel eines Ehrenmannes sublimior ist als der eines Millionärs!

Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr mich die Franzosen ergötzen. Diese so sehr nach Neugierigkeiten begerige Nation bietet mir unaufhörlich neue Szenen dar: bald sind es die vertriebenen Jesuiten, bald Glaubensbekenntnisse, das aufgelöste Parlament, die zurückgerufenen Jesuiten, neue Minister etc. etc. drei Monate; kurz sie allein liefern Unterhaltungsstoff für ganz Europa.

Aus dem Buche: Friedrich der Einzige. Ein Charakterbild des großen Königs in seinen Worten. Zusammengestellt und mit Erläuterungen versehen von A. Kannengießer. Dresden und Leipzig, C. A. Kochs Verlag (H. Ehlers). Geh. 2,00 Mk., geb. 3 Mk.

Man man die Franzosen nach ihrem Geschmack bedienen, so müssen sie alle zwei Jahre einen neuen König haben. Die Freiheit ist die Gottheit dieser Nation und einen sie ganz gewiß nicht zu lassen mögen, sie werden auf die Dauer Feind und Böhmerländer an ihm finden, als ob man, wenn man König ist, aufhöre, Mensch zu sein.

Die französische Nation ist die inkonsequente in ganz Europa. Sie besitzt zwar viel Euphorie, aber keine Folgerichtigkeit im Denken.

Ausland.

Um Tripolis.

Friede?

Dem „Echo de Paris“ wird aus London gemeldet: Gerüchteleise verlautet, Said Pascha habe, um den Frieden mit Italien zu ermöglichen, folgende Kombination ins Auge gefaßt: Die Türkei würde die Cyrenaika dem Scheich von Negepten und Tripolis dem Bey von Tunis überlassen, die übrigen diese Gebiete an Italien abtreten würden. Hierdurch glaube Said Pascha die Fiktion aufrecht erhalten zu können, daß er mohammedanisches Land keinem christlichen Herrscher preisgegeben habe. Es sei jedoch zweifelhaft, ob eine solche Lösung angenommen werden könne, da Frankreich und England beharrlich eine heftige Lage geraten würden.

Dagegenüber erklärt man aus Rom: Ein offizielles Communiqué stellt fest, daß die in tendenzierender Weise verbreiteten Gerüchte über die Absicht eines Friedensschlusses jeder Grundlage entbehren. Die Worte habe keinerlei Verhandlungen angeht und auch eine europäische Kammer angeht die heroischen Verteidigung der ottomanischen Kämpfer und der militärischen Lage daraufrin sondiert. Die Meinung der amtlichen Kreise und des ottomanischen Volkes gehe dahin, daß auf der Grundlage der italienischen Ansprüche von Frieden keine Rede sein könne!

Deutschlands Eintreten für Italien.

Der türkische Ministerrat, dem infolge der andauernden Erkrankung des Großwesirs Ali Pascha, beschloß im Prinzip der Reclamation des deutschen Botschafters gegen die Schließung der italienischen Bantinfinitute faltungsbene und die Wiedereröffnung der Banken, auch der Banco di Roma, zu gestatten. Einige Minister waren anfangs dagegen, da die Banco di Roma in Tripolis Spionage getrieben habe, sie wurden jedoch überstimmt. Der Beschluß muß nach dem Großwesir zur Genehmigung vorgelegt werden, jedoch ist an seiner Zustimmung kaum zu zweifeln. Es ist dies nach der veränderten Generalauswertung der Italiener aus der Türkei und speziell im Sommer Fall ein neuer Erfolg der vornehmlichen deutschen Politik, deren Einfluß in der Türkei die Italiener nun zum dritten Male, außer in politischen Angelegenheiten, in einer Hauptfrage vor sich zu sehen beschloß hat. Was die Erkrankung des Großwesirs anbelangt, die nun bereits eine Lage ankündigt, so soll sie, wie verlautet, bei dem hohen Alter Said's doch nicht so unbedenklich sein, wie man anfangs glaubte. Er war heute nicht imstande, das Bett zu verlassen.

Oesterreicher-Hehe.

Billard, 8. Jan. Oesterreichische Reisende erzählen von irredeutlichen Antrieben in den venezianischen Grenzstädten, besonders in Udine und Cividale. Die Oesterreicher wurden öffentlich verhöhnt und mißhandelt. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Verzte weigerten sich, sie zu verbinden. An den Gerichten wurde ihnen die Verurteilung verweigert. Auf der Basis wurden die Oesterreicher mit Steinwürfen tractirt. Mehrere wurden sogar ihres Gedächtnisses beraubt. — Die venezianische Presse verschweigt — wohl auf Wunsch der Behörden — diese Vorkommnisse.

Die Russen in Persien.

Die Anstifter der Unruhen.

Während des Prozesses gegen den Mullah Siffet ul Islam stellte sich heraus, daß er sowohl bei der schon hingedichtete Hadishi Ali Dama Jurush Hauptleiter der Fidsai-organisation und Hauptanführer der gegen die Russen gerichteten Unruhen waren. Der russische Generalkonsul hatte noch am 26. September Siffet ul Islam aufgefordert, er solle den Versammlungen der Fidsais ein Ende machen, was dieser jedoch nicht befolgte.

Anzuwieser ist nun das

Strafgericht

über die Hauptverbreiter herangezogen, und zwar ist am Sonnabend das Todesurteil des Feldgerichts in Täbris gegen die Führer der Fidsais Hadishi Ali und Dama Jurush, sowie gegen den Neffen Sattar Chan, den Führer der Fidsais des Kadiviertels Emirch, Emir Mohamed Chan, welcher dem fünften Regiment Ueberland leitete und gegen seinen Befehl, sowie endlich gegen die Mittheilungsbereue des Revolutionärs Schure und Kerim Chan vollzogen worden. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Das Haus des Dama Jurush ist in die Luft gesprengt worden. Ein Teil der Hauptbatterie ist in Täbris eingetroffen. Das russische Generalkonsulat ergreift Maßregeln zum Schutze des Waters des gegenwärtigen Ministers des Aeußeren, des Vorstehenden des Endschum, alle Belobde und eine Reihe anderer Personen, welche an den Feindseligkeiten gegen die Russen nichttheilgenommen haben, gegen welche die Bevölkerung jedoch außer Acht gelassen ist wegen ihres früheren Zusammengehens mit den Fidsais.

Diese Maßregeln haben indessen den

Ausbruch neuer Unruhen in Täbris

nicht zu hindern vermocht. Eine Volksmenge hat dort sogar das Gebäude des Endschumens zerstört. Nach einer Meldung aus Armia hegen Maueranschläge in den Wolschen die Bevölkerung gegen die Russen auf, deren Anstift die Unabhängigkeit Persiens bedrohe. Die maßgebenden Stellen lesen den Aufzügen keine Bedeutung bei, weil sie von einzelnen Personen herzurühren.

Die französischen Senatswahlen.

Aus Paris wird gemeldet:

Bis jetzt sind 98 von 100 Ergebenissen der Senatswahlen bekannt. Im allgemeinen haben sie kein Ueberraschendes gebracht. Die Sitze vertheilen sich unter verschiedenen Parteien wie folgt: Vereinigte Sozialisten 1, unabhängige Sozialisten 2, Radikale und Radikal-Sozialisten 48, Linksrepublikaner 17, Progressisten 24 und Konservative 8. — Die geeinigten Sozialisten gewinnen 1 Sitz, die unab-

hängigen verlieren 1 Sitz, die Radikale und Radikal-Sozialisten gewinnen 5 und verlieren ebenfalls 5, die Linksrepublikaner gewinnen 8 und verlieren 4, die Progressiven gewinnen 1 und verlieren 2 Sitze.

Die französisch-spanischen Verhandlungen.

Paris, 7. Januar.

In französischen Regierungskreisen ist man jetzt über die Urfragen der reservierten Haltung Englands im französisch-spanischen Streitfall näher unterrichtet. England kann und wird sich aus strategischen Gründen mit der einfachen Internationalisierung von Tanger nicht zufrieden geben, sondern es hält es für ein englisches Hauptinteresse, daß die ganze Nordküste Marokkos neutralisiert werde, das heißt, daß von Afrika aus die Machtstellung Gibraltar unter seiner Verbindung beeinträchtigt werden dürfte.

Madrid, 8. Jan. Selbst in maßgebenden Kreisen wird jetzt unumwunden zugegeben, daß die spanisch-französischen Verhandlungen wegen Marokko auf einem toten Punkt angekommen sind. Tatsächlich scheint die Anglegenheit gänzlich verfahren zu sein. Es ist noch nicht abzusehen, wann die nächste Unterredung stattfinden wird. Vielleicht wird sogar ein offener Bruch in unmittelbare Aussicht gestellt.

Die Haager Opiumpkonferenz.

Haag, 8. Jan. Heute beendet die Opiumpkonferenz, welche am 22. Dez. voriges Jahr zusammengetreten ist, ihre Arbeiten. Das Hauptergebnis derselben ist die Unterzeichnung eines internationalen Abkommens, dem 12 Mächte beigetreten sind und welches eine internationale Kontrolle über den Verkauf von Opium, Morphium, Kokain usw. einführt.

Wünschiges Ausfuhrjahr Englands.

Im Londoner Korrespondenz meldet uns drastisch: Im Laufe des verfloffenen Jahres ist die Ausfuhr Englands mit 478 Millionen Mark und die Einfuhr mit 46 Mill. Mark gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Provinzialnachrichten.

Im Schacht erstickten.

Schleissau, 8. Jan. Am Sonnabend traf auf dem Hallischen Kalkwerken ein aushäufiger Balken (Stempel), der aus beträchtlicher Höhe niederfiel, den Bergmann Köppe aus Jägersberg beinahe auf den Kopf, daß der unglückliche Mann auf der Stelle tot war.

Methylalkoholvergiftungen in Leipzig.

Leipzig, 7. Jan. (Wirtschaftsblatt.) In den letzten Tagen haben sich unter den hiesigen Obdachlosen ähnliche Vergiftungsfälle wie in Berlin ereignet. Aus den beiden hiesigen Obdachlosenhäusern wurden drei Mann ins Krankenhaus abgeliefert, von denen bereits einer gestorben ist. Bei der Section fand man im Magen Reste von Methylalkohol. Die beiden anderen liegen schwerkrank darnieder. Infolge dieses Vorkommnisses sind in mehreren hiesigen Destillationsverträge Alkoholverträge beschlagnahmt worden. In einer ist bereits Methylalkohol nachgewiesen worden. Die Stadtverwaltung erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, worin vor dem Genuß und Ausfuhr billiger Spirituosen gewarnt wird.

Erfurt, 5. Jan.

(Sprung aus dem Zug.) Zu dem Vorfall, der sich am Freitag früh während der Eisenbahnfahrt auf der Strecke Dietendorf-Erfurt zutrug, erzählt man folgende interessante Einzelheiten: Der russische Oberst, der von Gießensdorf bei Jena war, reiste in Begleitung seiner Frau und zweier Wärter von Ronkua aus über Würzburg nach Erfurt. Als der Zug Dietendorf passierte, begab sich der Oberst in den Abort. Der auf dem Folgezuge stehende Wärter erhielt einen Stoß gegen die Brust und taumelte zurück. Als bald verregelte der Oberst die Tür — dem zweiten hingefallenen Wärter wurde die Hand gequetscht —, zwängte sich durch das schmale Fenster und sprang ab. Man zog sofort die Koffertein und fand bald den Schwerverletzten. Er liegt im kaiserlichen Krankenhaus zu Erfurt hoffnungsvoll darnieder.

Selbstmord, 6. Jan.

(Von einem Mädchenhändler entführt.) Gurlos verkommen ist seit gestern Abend das 13jährige Schulmädchen Gertrude Holze von hier, das sich beim Restaurateur Bühner in Pflege befindet. Das für sein Alter zu entwickelte Kind, das von seinen Eltern als ungenügend und lernfertig bezeichnet wird, hatte eine in der Nähe des Hauptbahnhofes wohnende Schulfreundin besuchen wollen und ist von diesem Gang nicht zurückgekehrt. Es ist von einer in Wagbeurg in Stellung befindlichen 19jährigen Schwägerin, die zum Selbe herübergekommen war, heimlich mitgenommen worden. Man nimmt an, daß selbe Mädchen einem Mädchenhändler ins Garn gelassen sind.

Das ist ein wunderbares Beispiel von der Kraft der menschlichen Seele. Ein so junges Mädchen hat sich selbst getötet, um nicht in die Hände eines Menschenhändlers zu fallen.

Das ist ein wunderbares Beispiel von der Kraft der menschlichen Seele.

Das Eisenbahnunglück bei Paris.

8 Paris, 7. Januar.

Bei Bondy in der Nähe von Paris fuhren Sonnabendabend zwei Züge zusammen, wobei mehrere Personen getötet und gegen zwanzig Personen verletzt wurden. Zwei Personen, und zwei Güterwagen wurden vollständig zerstört. Das Unglück ereignete sich, wie uns weiter telegraphiert wird, auf der Station des Coquetiers, etwa zwölf Kilometer nördlich von Paris. Die Strecke dort ist nur einseitig. Ein vom Ostbahnhof abgegangener Zug wartete auf der genannten Station, der ein aus entgegengekehrter Richtung kommender Zug anhielt. Inzwischen war vom Ostbahnhof der 10 Minuten später folgende Zug in der Richtung auf Pont des Coquetiers abgegangen. Dieser Zug war es, der auf den in der Station wartenden von hinten aufstieß. Die Wirkung des Zusammenstoßes war entsetzlich. Ein mit Reisenden vollbesetzter Wagen wurde gänzlich zertrümmert. Drei Männer, zwei Frauen und ein kleines Mädchen, die unter den Trümmern lagen, wurden sofort getötet. Drei Männer wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Sieben Personen sind leichter verletzt. Der Zusammenstoß ist darauf zurückzuführen, daß der Führer des aufgefahrenden Zuges die Signale nicht beachtet hat.

Ein Augenzeuge berichtet über den Zusammenstoß folgendes: „Ich befand mich in der Nähe der Station des Zuges 535, als ich plötzlich den Zug 535 herankommen sah. Eine Katastrophe war unvermeidlich. Am nächsten Augenblick schon hörte ich ein fürchterliches Krachen und lautes Wimmern und Schreien. Der ankommende Zug war auf den stehenden Zug mit voller Gewalt aufgefahren. Die letzten drei Wagen dieses Zuges wurden vollständig zertrümmert. Aus dem einen Wagenfenster sah ich den Körper eines Mannes herausfliegen, dessen Schädel gepalmt war. Bei den Rettungsarbeiten wurden schrecklich verblutete Leichen unter den Trümmern hervorgezogen, die nach dem Stationsgebäude gebracht wurden.“ Die Verwundeten wurden in das Hospital von Reims gebracht. Kurze Zeit später traf aus Paris ein Hilfszug ein. Sogleich nach Bekanntwerden der Katastrophe erschienen auch mehrere Ingenieure sowie der Polizeipräsident Lepine in Begleitung mehrerer Ärzte an der Unfallstelle. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Schuld an dem Zusammenstoß den Führer des Zuges 535 trifft, der das für ihn bestimmte Haltsignal übersehen hatte und auf dem von der Station kommenden Zug 535 D aufgefahren war. Der Ausführer ist verhaftet worden und wird sich wegen Fahrlässigkeit und Körperverletzung zu verantworten haben. Bis gestern Abend sind zehn Tote festgestellt worden.

8 Paris, 7. Jan. Auch gestern Abend hat sich in der Banneville von Paris wieder ein schweres Eisenbahnunglück zugetragen. Wie schon bekannt wird, erfolgte bei der Station Bondy, eines in der Nähe von Paris gelegenen Ortes, im Laufe des Abends ein Zusammenstoß zweier Züge. Die erste Meldung spricht von Toten und Verwundeten; nähere Einzelheiten fehlen noch.

8 Paris, 7. Jan. In dem Eisenbahnunglück bei Gargan ist noch zu melden; Bis jetzt sind zehn Tote festgelegt worden. Heute morgen wurde noch der Beisatz eines 17jährigen Kindes hervorgehoben. Im Krankenhaus sind zwei der Schwerverletzten gestorben.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Halle a. S., 6. Januar.

Vom Alkoholgehalt des Branntweins.

Bei einem hiesigen Gastwirth wurden im September und Oktober v. J. vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt mehrere Proben des von ihm vertriebenen Branntweins entnommen. Ihre Untersuchung ergab, daß sie einen Alkoholgehalt von nur 18-19 Prozent enthielten. Obgleich die Bestimmungen über den Mindestalkoholgehalt des in Handel gebrachten Branntweins strikter noch nicht, sind aber in Vorbereitung. Dem Direktor des hiesigen Untersuchungsamtes erschien ein Alkoholgehalt von 18-19 Prozent deshalb als viel zu niedrig, weil die bisher von hiesigen Händlern und Gastwirthen entnommenen Branntweinproben einen Durchschnittsalkoholgehalt von 30 Prozent aufwiesen hatten. Um ganz sicher zu gehen, ersuchte er die hiesige Handelskammer um ein Gutachten darüber, wie viel Alkoholgehalt bei dem in Halle in Handel gebrachten Branntwein als übliches Durchschnittsmass angesehen werde. Die Kammer sprach sich dahin aus, daß der Durchschnittsalkoholgehalt des in Halle vertriebenen Branntweins auf 30 bis 32 Prozent bemessen werde. Von Nordhausen pflegte der Branntwein sogar mit 38-40 Prozent Alkoholgehalt nach hier geliefert zu werden, unter der Voraussetzung, daß die hiesigen Händler dann durch Zusatz von Wasser den höheren Alkoholgehalt auf das ordentliche Maß parabolten. Die Vermuthung werde erst in der nächsten Sitzung, um an Frachtkosten zu sparen. Auf Grund dieses Gutachtens veranlaßte das Nahrungsmitteluntersuchungsamt, daß gegen den Gastwirth Anklage wegen Raubnahrungsmittelverfälschung erhoben wurde. Vor dem Schöffengericht gab er an, ihm sei von Nordhausen Brannt-

wein mit 32 Prozent Alkoholgehalt geliefert worden. Bei der Lieferung habe er dem Substranten die ausdrückliche Weisung erhalten, er solle zu 100 Eitern Branntwein 10 Eiter Wasser zusetzen. Nach Ansicht des Direktors des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes müßten aber bei dem benannten Branntwein etwa 6 Eiter Wasser zu 100 Eitern Branntwein zugesetzt worden sein. Der Gastwirth kermerte hiergegen, bestimmte Vorschriften über den beim Branntwein zulässigen Wasserzusaß gebe es noch nicht; der Händler dürfe dabei also nach eigenem Ermessen verfahren. Und das müsse er auch, wenn er bestehen wolle. Er verkaufe das Eiter Branntwein mit 1. Maaz und das Glaschen mit 5 Pfennigen; da wählten seine Kunden schon selbst ganz genau, daß sie keinen reinen Branntwein verlangen könnten. Das Eiter reiner Spiritus koste 250 Maaz; danach lasse sich also leicht berechnen, wie viel Alkoholgehalt auf ein Eiter Branntwein im Preise von 1 Maaz noch kommen könne.

Das Gericht gelangte zur Beurteilung des Angeklagten. Aus Ermangelung eines geprüften festgestellten Mindestmaßes des Branntwein-Alkoholgehaltes müßte einwärtigen das ordentliche Durchschnittsmass zur Grundlage der Beurteilung des zulässigen Wasserzuges genommen werden. Der Angeklagte sei aber bei seinen Wasserbeimischungen doch zu weit unter dieses ordentliche Maß heruntergegangen. Inbesonderes müßte das Gericht ihm zunächst nur eine Verwarnung erteilen, und habe daher die Strafe nur auf 10 Maaz bemessen.

Verdorbener Gries.

In kleinen Materialwarenhandlungen, namentlich auf den Dörfern, soll es leider noch öfter vorkommen, daß Waren durch mangelhafte Verpackung in der Kisten, in denen sie aufbewahrt werden, verdorben und ungenießbar werden. In den Ecken der Kisten sammeln sich Spinnweben an; auch bringen Käfer ein und durchziehen die Waren, namentlich Reis, Graupen, Gries, mit Larven und Maden. Im September v. J. wurde auf bei einem hiesigen kleinen Materialwarenhändler in der Zwingerstraße durch einen vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt entandenen Vollgeheanten eine ähnliche Unlauberkeit in einem Kalten, in dem er Gries aufbewahrt, festgestellt. Der Beamte war beauftragt, eine Probe Gries zu entnehmen, und wählte diese mit Mühe aus einem Kalten, der ihm als unlauber aufstieß. Der Händler erklärte ihm allerdings, er verkaufe diesen Gries nicht mehr. Der Beamte ließ sich aber dadurch nicht beirren, denn nach seiner mehrjährigen Erfahrung sollen Händler bei Waren, deren Veranbarung sie fürchten, sich der Entnahme von Proben gern durch die Versicherung, sie verkaufen diesen Stoff nicht mehr, zu entziehen versuchen. Die entnommene Griesprobe erwies sich bei ihrer näheren Untersuchung als reichlich mit Maden vermischt. Auch beim Befahren des Kleinhandlers, einem größeren Kolonialwarenhändler in der Kleinen Ulrichstraße, wurden daraufhin sofort Griesproben entnommen; diese waren aber völlig tadelfrei. Ueberhaupt ist bisher in hiesigen Handlungen vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt glücklicherweise noch kein Gries mit Maden verdorben worden.

Das Schöffengericht nahm Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Kleinhandler ein einfacher Mann ohne kaufmännische Vorbildung ist. Er wurde daher trotz der großen Unlauberkeit des verdorbenen Grieses nur in die gelinde Geldstrafe von 10 M. wegen fahrlässiger Nahrungsmittelverfälschung genommen. Er protestierte jedoch gekränkt sogar gegen dieses milde Strafmaß bei der Verurteilung, er habe den benannten Gries tadelfrei nicht mehr verkaufen wollen und fügte sich daher nicht trutzig.

Milchpastisiegel.

Der Milchhändler A. S. aus Magdeburg verkaufte im Oktober v. J. mehrmals ein Gemisch von Rahm- und Magermilch als reine Vollmilch. Seine Bankheirei trug ihm eine Geldstrafe von 30 Maaz ein.

Kunst und Wissenschaft.

Felix Dahns Bekanntschaft. Sonnabend mittag wurden in Breslau die herrlichen Lebersteine Felix Dahns zur letzten Ruhe getragen. Im Arbeitszimmer des Verstorbenen, das mit Blumen und Kandelabern geschmückt war, war der Sarg aufgebahrt. Dem Bausche des Verstorbenen entsprechend, nahmen nur wenige Personen an der Feier teil. Außer dem Lehrkörper der Universität waren noch Vertreter der Regierung und der Stadt erschienen. Professor Dr. v. Hase hielt die Trauerrede. Nach ihm rief der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät, Dr. Meyer dem Verstorbenen einen letzten Gruß nach. Sämtliche farbentragenden Verbindungen der Universität gaben dem Sarg zum Krähof das Geleit.

Der Kaiser zum Tode Dahns. Der Unterrichtsminister sandte der Witwe Felix Dahns im Auftrage des Kaisers ein Felleisbrieftelegramm, in dem der große Verlust beklagt wird, den Wissenschaft und Vaterland durch den Tod des hervorragenden Gelehrten und Dichters erlitten haben. Der Kronprinz hat telegraphisch den Rektor der Universität, in seinem Namen einen Kranz auf dem Grabe des Dichters niedergelegt.

Prof. Dr. Willy Velt ist in Strahburg, wo er Oberbibliothekar an der Universität und Landesbibliothek war, gestorben.

Professor Wilhelm Voelckh f. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß dort Hofrat Dr. Wilhelm Voelckh, Professor für medizinische Chemie, 72 Jahre alt, gestorben ist. Voelckh hat den deutsch-französischen Krieg als Arzt mitgemacht, und ist mit der deutschen Kriegsbekämpfung und der Erinnerungsmedaille an Kaiser Wilhelm ausgezeichnet.

Stiftungen für Heilweide. Von drei Orten wird von freundlich gesteuerten neuen Stiftungen berichtet, die jetzt für mehr als 100000 Mark und kleine Geldsummen worden sind. Der Gelobte a. D. Krieger und kleine Gattin spenden 200000 Mark für die Krongruppen-Geldheilstätte für Lungentranke in Mühlental bei Stomberg. Der verorbene Gemeinde-Vorsteher Schmidt hat 120000 Mark zum Bau eines Krankenbaues in der Gemeinde Langenlosheim vermacht. Endlich hat der verorbene Rentier Schröder in Magdeburg der Stadt 250000 Mark für arme trinkliche Kinder hinterlassen.

Luftschiffahrt.

München.

Allgemeine Luftfahrzeug-Ausstellung Berlin 1912.

Unter diesem Namen findet in der Zeit vom 3. bis 14. April 1912 in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin eine große Ausstellung statt. Sie ist offen für alle Länder.

Die Ausstellungsgegenstände werden aufgelistet: Motorflugzeuge aller Art, Gießflugzeuge und Flugdrachen, und zwar: Motorluftschiffe, Motoren und Triebwerke für Flugzeuge und Motorluftschiffe, Luftschrauben für Flugzeuge und Motorluftschiffe, sowie und bearbeitete Materialien, Bestandteile, Zubehör- und Ersatzteile für Flugzeuge und Motorluftschiffe (Gondeln, Röhren, Räder, Modelle, Abbildungen und Zeichnungen von Flugzeugen, Motorluftschiffen, Motoren, Flugzeug-Schuppen und Zellen, Luftschiffhallen, Flugplatzanlagen, Spezial-Transportgeräten, Anlagen für Gasbereitung usw., Ausstattungsgegenstände und Hilfsinstrumente für Flugzeuge und Motorluftschiffe, Meteorologie, Kompaß, Windmesser, Höhenmesser, Barographen, Manometer, Photographie, Kinetographie, Photographien und Signaldienst, Beleuchtung, Karten, Orientierungsmittel, Vektoren usw., Ausstellungsgegenstände für Luftfahrter (Spezial-Bekleidung, Konstruktoren usw.), Flaggen und Wimpel.

Weiter finden Aufnahme: Historische Dinge, die für die Entwicklungsgeschichte der motorischen Luftfahrt irgendwie interessant sind; wissenschaftliche Arbeiten, welche die motorische Luftfahrt behandeln, Kunst- und andere Gegenstände, welche sich auf die motorische Luftfahrt beziehen, Bearbeitungs- und Werkzeugmaschinen sowie Werkzeuge, welche in der Flugzeug-, Motorluftschiffbauindustrie und den mit diesem im Zusammenhang stehenden Industrien Verwendung finden.

Witterungs-Aussichten.

Wetterwarte Magdeburg

der „Magdeburg. Zeitung“.

Montag, 8. Januar, 8 Uhr morgens.

Die Niederschlagsmessungen am 7. Januar früh 7 Uhr ergeben zu Hildesheim 10,7 Millimeter, zu Nordhausen 19,4 Millimeter Schneewasser. Der gestern ganz Deutschland überdeckende Luftwirbel hat sich unter Wähdendrehung ostwärts verlagert und zeigt heute sein Hauptstief über Ostland. Bei seinem Durchzug veranlaßt er auf seiner Nord- und Ostseite allgemeine Schneefälle, auf seiner Südseite Regenfälle. Im Dienstbezirk trat der Niederschlag allgemein als Schnee auf. Da von Westen zunächst ein Hochdruckgebiet heranzieht, so können wir für morgen auf teils heiteres, teils nebligtes, vorwiegend trodenes Frostwetter rechnen.

Wetterwarte zu Hamburg

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

(Nachdruck verboten.)

- 8. Januar: Nebel, teils heiter, nach Null, Niederschlag.
- 10. Januar: Vereisung, Niederschlag, teils heiter, windig.
- 11. Januar: Nebel, trüb, leicht, rauch, windig.
- 12. Januar: Nebel, trüb, leicht, windig.
- 13. Januar: Nebel, trüb, windig, streifenweise Schnee.

Meteorologische Station.

	8. Januar 9 Uhr abends	7. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	760,7	724,4
Thermometer Celsius	3,4	-2,0
Rel. Feuchtigkeit	93%	100%
Wind	SW 2	SW 0
Maximum der Temperatur am 6. Jan.: 6,5°C.		
Minimum in der Nacht vom 6. Jan. zum 7. Jan.: -2,0°C.		
Niederschlagsmenge am 6. Jan. 7 Uhr morgens: 14,4 mm.		
	7. Januar 9 Uhr abends	8. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	741,2	749,4
Thermometer Celsius	-3,7	-5,1
Rel. Feuchtigkeit	98%	100%
Wind	SW 3	SW 1
Maximum der Temperatur am 7. Jan.: 3,2°C.		
Minimum in der Nacht vom 7. Jan. zum 8. Jan.: -7,2°C.		
Niederschlagsmenge am 8. Jan. 7 Uhr morgens: 0,6 mm.		

In allen Abteilungen

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Gute Waren zu auffallend wohlfeilen Preisen.

Bruno Freytag, :: Halle a. S. :: Leipzigerstrasse 100.

